

Wilsdruffer Tageblatt

heute neuer Roman

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Quartal 2,- RM. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Das "Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 3 — 92. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksch: Dresden 2840 Mittwoch, den 4. Januar 1933

Sprung über die chinesische Mauer.

Japan und China.

Die Kunde von einem nachträglichen, aber überaus unerfreulichen „Neujahrsgeschenk“ durch die Welt: Neuer japanischer Angriff im Fernen Osten, und zwar auf ein Gebiet, das man selbst in Tokio nicht mehr zum japanischen Interessengebiet oder auch nur zu der Mandchurie rechnen kann. Die ausgesprochen chinesische Provinz Jehol ist von den Japanern attackiert worden, und gleichzeitig erfolgte auch das übliche Ultimatum an die chinesische Regierung, das in einer ebenso üblichen kurzen Frist die Räumung des „kritischen“ Gebietes verlangte. Um dieses Ultimatum wirksam zu gestalten, wurde diese „diplomatische Aktion“ durch Bombenabwürfe und Artilleriebeschüsse unterstützt.

Damit ist das neue Jahr im Fernen Osten ebenso begonnen worden, wie man dort das alte beschloß. Bisher war aber das, was sich wenigstens in der Mandchurie abgespielt, doch mehr eine lokale Angelegenheit trotz der Größe des in Frage kommenden Gebietes. Was sich aber jetzt aus diesem Angriff und diesem Ultimatum entwickeln kann, ist viel gefährlicher noch, als selbst der große japanische Angriff auf Schanghai einzuleiten schien. Davon spricht ja heute — wenigstens in Genf — außer der chinesischen Delegation kaum noch ein Mensch, und der Weltbericht über die Kämpfe um die Mandchurie ist nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt wurde, geschweige denn die Kosten, die die Rufe dieser zahlmäßig nicht gerade kleinen Kommission nach dem Schluß dieses chinesisch-japanischen „Konfliktes“ verursacht hat.

Natürlich ist an dem neuen „Konflikt“ auch wieder „niemand“ schuld bzw. immer die Gegenseite, die zuerst „angegriffen“ hat. Das war so, ist so und wird vermutlich immer so bleiben, solange der Krieg zwar schon dreimal heftiger geschickt wurde, aber selbst dadurch noch immer nicht aus der Welt verbannt worden ist. Man wird also wieder ein Diskussionsdrama in Genf beim Völkerbund darüber haben, und bis dies entschieden ist oder vielmehr sein sollte, gehen die Dinge im Fernen Osten weiter, ganz unbekümmert darum, ob im Völkerbundstatut, im Kellogg-Pakt eine erst vor einem halben Monat ganz frisch abgeschlossene Nichtangriffsvereinbarung besteht oder nicht.

Wenn die Japaner noch weiter gespannte Pläne verfolgen und die Furcht der Chinesen vor einem Angriff gar auf Peking beruht sein sollte, dann hat sich die Regierung in Tokio den Augenblick zum Vorstoß diplomatisch nicht ungeeignet ausgenutzt. Die sorgfältigen Verhandlungen jeder klaren Stellungnahme des Völkerbundes in Genf, dessen Rat ja auch im Laufe des Jahres zu einer Sitzung zusammentritt, wird in gewisser Beziehung dadurch „ergänzt“, daß die amerikanische Außenpolitik noch bis März infolge des Präsidentenwechsels so etwas wie auf das tote Gleis geschoben wurde. Man hält es in Tokio nicht einmal für notwendig, den von Japan offiziell als Sonderbotschafter in Washington angekündigten früheren Außenminister Ibi nun auch wirklich nach Amerika fahren zu lassen, weil die jetzige Regierung Hoover doch keine entscheidenden Beschlüsse mehr zu der Politik Japans im Fernen Osten fassen würde. Es ist schon eine Art „Diplomatie in Hemdsärmeln“, die sich die Japaner nun auch fogar den Amerikanern gegenüber leisten! Von ihren heimlichen Freunden und eifrigen Waffenlieferanten in Europa haben sie ja auch weiter nichts zu befürchten.

Nach der sowjetrussischen Seite herüber, also dem unmittelbaren Nachbarn der Mandchurie im Norden,

droht den Japanern auch keinerlei Gefahr, obwohl sich die bis in letzter Zeit recht intimen Beziehungen etwas abgekühlt haben; der Nichtangriffspakt, über den zwischen Moskau und Tokio verhandelt wurde, ist nicht zustande gekommen, weil die Japaner immer wieder die offizielle Anerkennung ihres Mandchureistaates forderten und die Russen denn doch nicht sich dadurch in einen offenen Gegensatz zu China stellen wollen. Vielmehr sind in Genf durch die russischen und chinesischen Delegationen die „diplomatischen Beziehungen“ wieder offiziell aufgenommen worden, — aber was hat China in seiner Not gegenüber Japan da vor? Etwas ebensoviel wie von den unsicher wieder bevorstehenden Verhandlungen des Völkerbundes. Also: Nichts. Weil auch heute noch Macht vor Recht und Angriff vor Schwäche geht.

Offener Kriegsausbruch in China?

Peking von den Japanern bedroht.

Die japanischen Truppen haben mit ihrem Sturm auf Schanghai zum erstenmal in den mandchurischen Wirren den Fuß in das eigentliche China gesetzt. Bisher waren ihre militärischen und politischen Maßnahmen auf das mandchurische Interessengebiet Chinas beschränkt geblieben.

Diese offene Grenzverletzung rief naturgemäß den erbitterten Widerstand der chinesischen Truppen hervor, und die Kämpfe um die Grenzstadt Schanghai sollen nach den vorliegenden Meldungen, die infolge der Unterbrechung der telegraphischen Verbindung zwischen Schanghai und Peking und Tientsin zunächst noch spärlich und unklar waren, außerordentlich heftig und blutig gewesen sein.

Der japanische Angriff auf die Stadt wurde nach Hinzuziehung zweier Regimenter mit großem Truppeneinsatz und mit Unterstützung von Bombengeschwadern und Feldartillerie durchgeführt.

Außerdem hat in Zusammenhang mit den Ereignissen bei Schanghai das japanische Marineministerium angeordnet, daß die Dierde Torpedoflotte in Sasebo sich zum Auslaufen bereitmachen solle. Die in Tsingtau liegenden japanischen Kriegsschiffe sollen verstärkt werden und zum Schutz der japanischen Staatsangehörigen in Tientsin Kriegsschiffe eintreffen.

Durch die japanischen Maßnahmen in Schanghai und Tientsin ist die chinesische Hauptstadt Peking bedroht. Über den Ausbruch der Kämpfe besteht noch keine Klarheit. Die Japaner sagen, daß chinesische Truppen mehrere japanische Gebäude in Schanghai bombardiert hätten, worauf japanische Truppen zum Schutze ihrer Staatsangehörigen vor die Stadt gerückt seien. Amtliche chinesische Kreise in Peking behaupten, daß das Feuer von den Japanern auf chinesische Kasernen eröffnet worden sei. Vorkellungen eines chinesischen Offiziers seien ergebnislos verlaufen.

Schanghaiwan, ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, liegt bereits innerhalb der Großen Mauer. Die Chinesen leugnen die Behauptung ab, daß die Stadt irgend etwas mit der Mandchurie zu tun hat. Auch in Genf haben sie erklären lassen, daß ein Angriff auf rein chinesisches Gebiet für sie einen Kriegsaft bedeuten würde.

Schanghaiwan von den Japanern besetzt.

Die amtliche Bestätigung.

Das japanische Kriegsministerium erklärt, daß es ein Telegramm von dem Stabschef der japanischen Armee in China, Kalamura, erhalten habe, in dem mitgeteilt wird, daß die japanischen Truppen am 3. Januar um 3.20 Uhr Schanghaiwan besetzt haben. Die japanischen Truppen sind in die Stadt eingerückt und haben sämtliche staatlichen Gebäude besetzt. Die chinesischen Truppen, die ohne Widerstand Schanghaiwan verlassen, werden von der japanischen Armee weiter verfolgt. Wie weiter halbamtlich mitgeteilt wird, sind in Schanghaiwan mehrere tausend chinesische Truppen von der japanischen Infanterie entwaffnet worden.

Internationale Verwicklungen?

Die Befehlshaber der ausländischen Truppen in Tientsin sind nach einer japanischen Meldung zu einer dringenden Konferenz im Hauptquartier der japanischen Garnison zusammengetreten, um sich mit der Lage zu befassen, die nach der Sprengung einer Eisenbahnbrücke drei Kilometer westlich von Schanghaiwan, die angeblich von chinesischen Truppen herbeigeführt wurde, entstanden ist. In der japanischen Meldung heißt es weiter, daß die Eisenbahnlinie Schanghaiwan — Peking auf Grund des Boxerprotokolls von ausländischen Truppen geschützt werde.

Im Kriegsministerium in Tokio fand eine Konferenz über die Lage in Schanghaiwan statt. Kriegsminister Araki erklärte nach der Besprechung, die Ereignisse seien so weit gerückt worden, daß Japan nicht weiter übrigbliebe, als sie ihren Lauf nehmen zu lassen. Die japanische Regierung habe genug gewarnt und erklärt, daß Marschall Tschangshuiliang die Verantwortung für die politische Lage trage, da er durch seine Truppenzusammenziehungen die japanische Armee „provokiert“ habe.

Drei japanische Kriegsschiffe nach Schanghaiwan beordert.

Tokio. Das japanische Kriegsministerium hat drei Kriegsschiffe von Vori Arthur und Tsingtau nach Schanghaiwan beordert.

Die chinesische Regierung mahnt zur Ruhe

Schanghai, 3. Januar. Verschiedene chinesische Stellen haben im Zusammenhang mit der Besetzung Schanghaiwans durch japanische Truppen von der chinesischen Regierung den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Japan sowie die Prolongierung des Vorkrieges gegen Japan gefordert. Andere Organisationen verlangen Einbußperre japanischer Waren. Die chinesische Zentralregierung mahnt in einer Erklärung zur Ruhe und versichert, daß sie die nationalen Interessen schützen werde.

Notwinter und Winterhilfe

In seiner Rundfunkansprache über die mitteldeutschen Sender führte Staatsminister Richter etwa folgendes aus: „Die Not muß alles Trennende überwinden. Wer den Ruf der Winterhilfe „Wir wollen helfen!“ befolgt, der schafft neue Hoffnung und neuen Glauben an Volk und Vaterland.“ Diese Botschaft hat Reichspräsident von Hindenburg in den Weihnachtstagen an die Deutsche Winterhilfe gerichtet. In den Stunden der Besinnung, die für jeden ersten Menschen die Jahreswende mit sich bringt, soll uns dieses Mahnwort besonders eindringlich vor Augen stehen, Hoffnung wecken und Glauben an das Gemeinsame eines Volkes stärken. Die Tätigkeit der Winterhilfe ist ein über die unmittelbare soziale Leistung hinausgehendes staatspolitisches Wirken. Aber auch in ihrer unmittelbaren Zielsetzung der Hilfeleistung am notleidenden Volksgenossen ist die Bedeutung der Winterhilfe groß genug.

Noch nie war in den vierzehn Jahren nach Kriegsende die Volksnot so fürchterlich und weit umfassend, wie in diesem Winter.

Staatsminister Suedel (Weimar) hat vor wenigen Wochen über den Mitteldeutschen Rundfunk ein erschütterndes Bild von der Größe der Not in den thüringischen Landen entrollt. Ich glaube, aus meiner recht genauen Kenntnis der Dinge behaupten zu können, daß gleiche traurige Verhältnisse fast allenthalben auch im Freistaat Sachsen anzutreffen sind. Der Ruf im Thüringer Walde möchte ich bejammern im Erzgebirge an die Seite stellen, das zudem

als Grenzland noch besonders gefährdet ist. Warrer Uhlitz in Ostthür. hat aus den reichen Erfahrungen seines Amtes heraus eine eindrucksvolle Schilderung der Lage in den Ortschaften des Erzgebirges gegeben, von der großen Bescheidenheit, dem rastlosen Fleiße ihrer Bewohner, aber auch von ihrer verzweifeltsten Stimmung.

„Wovon leben denn diese Leute?“, sagte er, „früh, mittags und abends kennt man nichts anderes, als Kartoffeln und Leinöl, ab und zu einmal einen Sering und ein Getränk, das man Kaffee nennt. Viele können heute nicht einmal dieses Bescheidene, an Abwechslung so arme Mahl aufbringen. Aufwendungen für Kleidung sind unmöglich. Die Heizung für den Winter muß im nahen Wald zu günstiger Jahreszeit herbeigetragen werden. Bis jetzt ist alle Not und Sorge mit einem stillen Seidentum getragen worden, aber dauert eine solche Krise Jahre, dann stirbt ein Volk an solchen Entbehrungen.“

Auf über 13,5 Millionen belaufen sich in Sachsen allein die monatlichen Aufwendungen für die sogen. Wohlfahrtsverbände. Die Aufgabe des Staates und der Fürsorgeverbände hat nur sein können, dafür zu sorgen, daß die Unterstützungen allenthalben vollständig und einigermaßen pünktlich bezahlt werden konnten. Das ist bisher gelungen und wird bestimmt auch weiter gelingen. Auch werden einige Verbesserungen, zum Beispiel die Nichtanrechnung der Winterzulage des Reiches für Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsbefähiger auf die zusätzliche Unterstützung der Fürsorgeverbände und



Karte vom Kriegsschauplatz.